

Themenpapier 1

Demokratiestärkung durch freiwilliges Engagement erfordert politischen Rückhalt

Bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck und zugleich unverzichtbare Säule unserer Demokratie. Wer sich engagiert, gestaltet seine Umwelt, erlebt Selbstwirksamkeit und nimmt sich als Teil einer Gemeinschaft wahr. Durch Engagement kommen Beteiligte mit unterschiedlichen Biografien, Einstellungen und Werten in Kontakt, die im Alltag nicht automatisch vorhanden sind. Im Engagement sind Perspektivwechsel möglich, es entstehen Vertrauensbeziehungen und gesellschaftliche Netzwerke, die das gegenseitige Verständnis stärken.

Dass Engagement entscheidend zur Stabilisierung der Demokratie beitragen kann, hat unlängst die gemeinsame Studie der DSEE und der Universität Leipzig deutlich gemacht.¹ Engagierte neigen nicht nur seltener zu Ressentiments und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – sie sind auch deutlich demokratischer eingestellt und zufriedener mit der Demokratie. Engagement trägt damit substantiell zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Als Schlüssel zur Stärkung der Demokratie muss Engagementförderung konsequent als Teil von Demokratieförderung verstanden und zusammengedacht werden. Nur auf Grundlage verlässlicher Strukturen und mit dem starken Rückhalt in Politik und Gesellschaft kann bürgerschaftliches Engagement langfristig wirken und Menschen zur aktiven Mitgestaltung ermutigen.

Unsere Forderungen für eine wirkungsvolle Engagementförderung:

1. Engagementförderung und Demokratieförderung gleichstellen

Überall, wo sich Menschen freiwillig engagieren, finden Aushandlungsprozesse statt. Unabhängig von der konkreten Form – ob in informellen Netzwerken, Initiativen oder Vereinen – wird Engagement zum Begegnungsort und zum Ort politischer Bildung. Dieses demokratische Potential gilt es zu erkennen, zu fördern und zu schützen. Der Stellenwert, den freiwilliges Engagement für die Demokratie besitzt, sollte sich in den Verantwortungsbereichen von Landespolitik und -verwaltung deutlich widerspiegeln.

2. Bürgerschaftliches Engagement politisch stärken

Freiwilligenagenturen, Vereine, Initiativen und informelle Netzwerke bilden zentrale Strukturen für eine lebendige Demokratie. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung, wachsender Desinformation und schwindendem gesellschaftlichen Vertrauen geraten Organisationen wie auch Engagierte zunehmend unter Druck und ins Visier von Anfeindungen. Um ihre Rolle als Stabilisierungsfaktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren, bedarf es verlässlicher politischer und gesellschaftlicher Unterstützung und wirksamer Schutzmaßnahmen.

3. Schutzkonzepte für Engagierte und Engagementstrukturen entwickeln

Im aufgeheizten gesellschaftlichen Klima erleben Engagierte wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen und engagementfördernde Strukturen zunehmend Anfeindungen, Hass und Bedrohungen. Damit Engagement weiterhin offen, vielfältig und demokratiestärkend wirken kann, braucht es gezielte Schutzkonzepte und -programme. Freiwilligenagenturen spielen hier eine zentrale Rolle: Sie kennen die Bedarfe vor Ort, können präventive Maßnahmen entwickeln und Betroffene frühzeitig unterstützen. Das Land ist gefordert, entsprechende Qualifizierungsangebote und landesweit vernetzte Schutzmechanismen als dauerhaften Bestandteil einer zukunftsfähigen Engagementpolitik zu verankern.

¹siehe Studie „Engagement und politische Einstellung“, eine Sonderauswertung der Leipziger Autoritarismus-Studie, Hrsg. DSEE (2025)

Themenpapier 2

Anerkennung braucht Struktur, Sichtbarkeit und Wirkung

Engagierte Menschen bringen Zeit und Arbeitskraft in unsere Gesellschaft ein – freiwillig, unentgeltlich und oft zusätzlich zu Beruf und Familie. Diesen Einsatz jenseits von Sonntagsreden und allgemeinen Sympathiebekundungen anzuerkennen und wertzuschätzen, muss der Anspruch einer nachhaltigen Engagementpolitik sein. Persönliche wie öffentliche Anerkennung ist ein häufig genannter Grund für den Antrieb zum Weitermachen und die verdiente Würdigung des Geleisteten.

Der eigene Anspruch, etwas Sinnvolles für die Gesellschaft zu tun, findet durch Wertschätzung im Kleinen ebenso wie durch Anerkennung im Großen motivierende Bestätigung. Die Wertschätzung, die Vereine und Strukturen vor Ort ihren Engagierten entgegenbringen, bildet eine wichtige Basis der Anerkennungskultur für ca. 600.000 Menschen in Sachsen-Anhalt, die auch auf Landesebene Beachtung und ehrliche Wertschätzung erwarten. Bürgerschaftliches Engagement lebt von der Freiwilligkeit der Aktiven. Sie ziehen sich zu Recht zurück, wenn ihr Handeln für die Gemeinschaft keinen sichtbaren und würdigen Rahmen erhält.

Unsere Forderungen für mehr Anerkennung und Wertschätzung:

1. Anerkennung und Wertschätzung „unter einem Dach“ organisieren

Menschen engagieren sich ehrenamtlich in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die damit einhergehende (geteilte) Anbindung an verschiedene Ministerien verhindert einen themenübergreifenden Blick auf das Thema Engagement und degradiert diese grundlegende Form gesellschaftlicher Mitgestaltung zu oft zu einem schmückenden Beiwerk. Um die Relevanz als übergreifendes Querschnittsthema abzubilden, müssen auch Formate der Anerkennung und Würdigung an zentraler Stelle beim Land gebündelt werden. Nur so lassen sich Doppelungen und Überschneidungen vermeiden, Sichtbarkeit und Wertschätzung erhöhen.

2. Kriterien vereinheitlichen und transparent kommunizieren

Das Land Sachsen-Anhalt realisiert aktuell elf verschiedene Anerkennungsformate für bürgerschaftlich Engagierte.¹ Die Würdigungen bilden ministerielle oder andere strukturelle Zuständigkeiten ab (zum Beispiel Engagement auf kommunaler Ebene) oder ergänzen thematische Auszeichnungen als Unterkategorie (zum Beispiel beim Integrationspreis). Die Vereinheitlichung der zugrundeliegenden Auswahlkriterien und abgestimmte, nachvollziehbare Verfahren könnten Sichtbarkeit und Transparenz und damit Anerkennung und öffentliche Akzeptanz deutlich erhöhen.

3. Ressourcen bündeln und Sichtbarkeit verbessern

Jedes Engagement ist wertvoll und verdient gleichermaßen Anerkennung – unabhängig davon, ob jemand im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder im Stadtteiltreff tätig ist. Um Anerkennung abgestimmt und weniger zufällig zu gestalten, lohnt sich ein Blick in andere Bundesländer.² Ein landesweiter Ehrenamtspreis, gestiftet vom Land und unter Mitwirkung aller Ministerien, würde eine große mediale Wirkung entfalten und bei Engagierten und Organisationen gleichermaßen für Klarheit und Struktur sorgen. Bisherige Ehrungsformate könnten als thematische Kategorien zur Sichtbarkeit von Engagement in seiner Vielfalt und Breite beitragen. Ungerechtigkeiten in der Berücksichtigung einzelner Engagementformen und -themen könnten vermieden werden.

4. Expertise vor Ort nutzen

Engagement findet in den Städten und Gemeinden statt. Wer Menschen für ihre Leistungen auszeichnen will, muss sie kennen und das gezeigte freiwillige Engagement sachkundig einordnen können. Die systematische Einbindung von Kommunen und lokalen zivilgesellschaftlichen Engagementstrukturen in die Entwicklung einer modernen Anerkennungskultur ist daher keine Option, sondern zwingende Voraussetzung für ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren.

¹siehe kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion KA 8/2891 vom 30.05.2025

²siehe Anerkennungsformate im Freistaat Thüringen: www.thueringer-ehrenamtsstiftung.de/anererkennung

Themenpapier 3

Freiwilliges Engagement muss allen zugänglich sein

Freiwilliges Engagement lebt von seiner Vielfalt und sollte allen Menschen ermöglicht werden – unabhängig von Herkunft, Bildungsgrad, Wohnort oder Beeinträchtigung.

Freiwilligenagenturen und Engagementzentren arbeiten aktiv daran, bestehende Zugangshürden abzubauen und werben für die Potenziale, die sich aus unterschiedlichen Lebenslagen, Motivationen und Kenntnissen ergeben.

Die Überalterung in ländlichen Vereinsstrukturen, die Zuwanderung in Ballungsräume oder Alltagsbarrieren für Menschen mit Beeinträchtigung bringen Herausforderungen mit sich, die ein klares Bekenntnis zu inklusiver und integrativer Engagementförderung unerlässlich machen. Hier sind Antworten gefragt, die auch den thematischen und strukturellen Stadt-Land-Unterschieden Rechnung tragen.

Damit Freiwilligenagenturen und Engagementzentren allen Interessierten Wege ins Engagement eröffnen können, müssen sie in die Lage versetzt werden, individuelle Hilfen und praktikable Lösungen für die Fläche zu entwickeln und anzubieten. Das Land ist gefordert, besondere Herausforderungen in der Engagementförderung anzuerkennen und die Förderinstrumente flexibel auf sich verändernde Bedingungen anzupassen.

Unsere Forderungen für inklusive Engagementpolitik:

1. Barrieren konsequent abbauen

Bauliche Hürden für Menschen mit Beeinträchtigungen zu beseitigen ist selbstverständlich notwendig. Um kommunikative Hindernisse abzubauen, sollten Freiwilligenagenturen und Engagementzentren dabei unterstützt werden, einfache Sprache und Mehrsprachigkeit in ihre Arbeit zu integrieren.

2. Assistenz und Unterstützung im Engagement fördern

Nicht immer lassen sich Barrieren vollständig abbauen oder vermeiden. Umso wichtiger sind Assistenzformate und Unterstützung durch Dritte, um Inklusion auch im Engagement zu stärken und auszubauen. Freiwilligenagenturen und Engagementzentren verfügen über gute Zugänge zu Fachstellen und Selbsthilfegruppen, die mit erprobten Modellen und Projekten viele Unterstützungsmöglichkeiten bieten. Diese Ansätze verdienen eine nachhaltige Förderung durch das Land.

4. Ländliche Akteure in Entscheidungsprozesse einbinden

In vielen Landesgremien, -programmen und Förderentscheidungen überwiegen bislang die Stimmen der meist besser organisierten städtischen Akteure und Organisationen. Das Land muss bei der Besetzung von Gremien und in relevanten Entscheidungsprozessen dafür Sorge tragen, dass Akteure aus ländlichen Regionen Berücksichtigung finden und Sensibilität für Themen jenseits urbaner Räume hergestellt wird.

5. Digitalisierung als Chance für inklusives Engagement nutzen

Die Digitalisierung bietet auch im Engagement großes Potenzial für Inklusion. Sie wirkt generationsübergreifend und überwindet räumliche Distanzen. In Ausnahmesituationen aufgrund von Pandemie oder Krisen haben Freiwilligenagenturen und Engagementzentren mit Modellprojekten hohes Innovationspotenzial bewiesen. Jenseits von Akuthilfen erfordert Digitalisierung jedoch moderne Infrastruktur und nachhaltiges Wissensmanagement. Mit Blick auf die demografischen und infrastrukturellen Herausforderungen im Flächenland Sachsen-Anhalt ist eine langfristige und gesicherte Förderung essentiell für weitere Impulse.

Themenpapier 4

Engagementförderung benötigt eine verlässliche Finanzierung und stabile Rahmenbedingungen

Bürgerschaftliches Engagement ist thematisch wie strukturell vielfältig: Es umfasst alle gesellschaftlichen Themen, findet regelmäßig in Vereinen, Einrichtungen und Gremien statt, aber auch punktuell in Gruppen, Projekten oder Aktionen. Freiwilligenagenturen und Engagementzentren wirken als Netzwerk-, Informations- und Beratungsstellen, vermitteln Kontakte und erzeugen Synergien, um freiwilliges Engagement in seiner ganzen Breite und Vielfalt zu fördern. Das ist in erster Linie Beziehungsarbeit, die ein stabiles und auf Dauer angelegtes Fundament benötigt.

Mit dem Rückgang der Engagementquote auf 30 Prozent¹ nimmt Sachsen-Anhalt wieder den letzten Platz im Bundesländer-Ranking ein. Das macht sich besonders im ländlichen Raum bemerkbar, wo Freizeit- und Begegnungsmöglichkeiten überwiegend ehrenamtlich organisiert werden und personelle Unterstützung fehlt. Aber städtische Strukturen stehen angesichts wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen unter Druck.

Um freiwilliges Engagement in seiner Vielfalt zu fördern und zu erhalten, braucht es mehr politische Aufmerksamkeit. Stabile Rahmenbedingungen und wirksame Förderinstrumente, die Strukturen und Engagierte gleichermaßen in den Blick nehmen, sind existentiell.

Unsere Forderungen für eine widerstandsfähige Engagementlandschaft:

1. Engagementförderung als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe verankern

Bürgerschaftliches Engagement ist thematisch vielfältig und berührt die Verantwortungsbereiche unterschiedlicher Ministerien. Analog zur Bundesebene braucht es auch auf Landesebene eine*n Engagementbeauftragten, der oder die sich für das Thema insgesamt einsetzt und die interministerielle Zusammenarbeit koordiniert. Nur als Querschnittsthema, das fachübergreifend berücksichtigt und gefördert wird, erhält Engagement einen angemessenen Stellenwert, können Synergien genutzt und Programme gebündelt werden.

2. Engagementstrategie finanziell untersetzen

Die Engagementstrategie des Landes muss kontinuierlich weiterentwickelt, um konkrete Ziele und Maßnahmen ergänzt und mit ausreichenden finanziellen Mitteln zur Umsetzung untersetzt werden. Bedarfs- und praxisorientierte Programme, Mikroförderungen für Engagierte und Initiativen sowie verabschiedete Förderrichtlinien können dazu beitragen, identifizierte Problemlagen zu lösen bewährte Praxisbeispiele zu verstetigen.

3. Freiwilligenagenturen und Engagementzentren langfristig und auskömmlich finanzieren

Freiwilligenagenturen und Engagementzentren sind keine befristeten Projekte, sondern ressortübergreifende Basisstrukturen der regionalen Engagementförderung, die nur langfristig und in angemessener Größe ihre Wirkung entfalten können. Eine auf Dauer angelegte finanzielle Absicherung, die ihnen Handlungsspielraum lässt, lokale Bedingungen berücksichtigt und grundlegende Aufgaben wie Freiwilligen- und Organisationsberatung, Projektentwicklung, Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit absichert, ist unerlässlich.¹

4. Programme, Richtlinien und Förderungen aufeinander abstimmen

Die Verteilung einzelner Engagementbereiche in die Zuständigkeit verschiedener Ministerien erzeugt eine Förderlandschaft, die nicht aufeinander abgestimmt ist, weshalb Maßnahmen und finanzielle Mittel nicht immer ihre volle Wirkung entfalten können. Eine thematisch ganzheitliche Förderarchitektur, die die Vielfalt der Strukturen, Regionen und Themen berücksichtigt kann dazu beitragen, knappe Ressourcen effektiver zu nutzen und Planungssicherheit für Träger und Engagierte zu schaffen. Eine Engagementförderung „aus einem Guss“ hat das Potential, bestehende Lücken zu schließen, Zugangshürden ins Engagement zu schließen und bisher nicht erreichte Zielgruppen anzusprechen.

¹siehe „Für mehr Zusammenhalt vor Ort - Freiwilliges Engagement fördern und stärken, Empfehlungen für Profil, Aufgaben und Grundausstattung von Freiwilligenagenturen“ (lagfa 2024)

Themenpapier 5

Bürokratieabbau erleichtert Engagement

Freiwilliges Engagement ist von Eigenverantwortung, Selbstorganisation und Gestaltungswillen geprägt. Doch Engagierte wie auch engagementfördernde Strukturen stoßen immer häufiger auf administrative Barrieren, die das eigene Handeln ausbremsen. Bürokratie bindet Zeit, senkt die Motivation und lenkt die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Engagement weg.

Engagement braucht Freiräume, eine vertrauensvolle Beziehung zur Verwaltung, die Engagement unterstützt und einen überschaubaren bürokratischen Aufwand. Bürokratieabbau ist daher kein rein verwaltungstechnisches, sondern ein demokratieförderndes Anliegen. Wenn Verwaltungsprozesse verschlankt, digitalisiert und partnerschaftlich gestaltet werden, können zivilgesellschaftliche Akteure gestärkt und neue Räume für freiwilliges Engagement erschlossen werden.

Unsere Forderungen für weniger Bürokratie im Engagement:

1. Verwaltungshandeln kohärent gestalten und Vertrauen stärken

Einheitliche Regelungen, verständliche Formulare und standardisierte, schlanke Bearbeitungsprozesse sind grundlegend, um individuelle Auslegungen, Verunsicherungen und Mehraufwand für Fördermittelempfänger zu vermeiden. Zugleich muss Verwaltungshandeln eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ermöglichen – mit dem gemeinsamen Ziel, Vertrauen zu fördern statt Kontrolle zu perfektionieren. Eine respektvolle Kommunikation und das Verständnis für die Perspektive der jeweils anderen Seite können dazu beitragen, Verbesserungspotenziale in der Verwaltung zu nutzen und Verwaltungswissen bei Engagierten und Strukturen aufzubauen. Verwaltungsinterne Konflikte, Informationslücken oder Störungen in den Abläufen sollten nicht zu Lasten von Engagierten und Strukturen gehen.

2. Bürokratische Belastungen messbar reduzieren

Die Landesregierung muss kontinuierlich das formulierte Ziel verfolgen, bürokratische Belastungen durch rechtliche Regelungen zu senken. Die eingeführte One-in-One-out-Regel für Gesetze und Verordnungen muss konsequent umgesetzt werden. Engagierte und engagementfördernde Strukturen müssen rechtzeitig in Gesetzgebungs- und Richtlinienverfahren sowie in die Gestaltung der Verwaltungsabläufe einbezogen werden, um aus der Praxisperspektive unpraktische und überflüssige Vorschriften zu identifizieren.

3. Verwaltung konsequent digitalisieren

Engagierte und engagementfördernde Strukturen erwarten schlanke und effiziente Verwaltungsprozesse für Antragstellung, Verwaltung und Abrechnung von Fördermitteln. Eine moderne Verwaltung muss die digitale Antragstellung, digitale Verwendungsnachweise sowie eine digitale Kommunikation (einschließlich Übermittlung digitaler Unterlagen) ermöglichen. Voraussetzungen dafür sind der konsequente Verzicht auf (unterschriebene) Ausdrucke sowie die vollständige Anerkennung digitaler Originale und Beglaubigungen.